

nationalen Abkommen die Verantwortung dafür tragen, daß in Deutschland niemals mehr aggressive Kräfte den Frieden seiner Nachbarn und der Welt bedrohen, können nicht an der Tatsache Vorbeigehen, daß in Westdeutschland ein Weg weiter beschritten wird, der den Frieden in Europa äußerst gefährdet. Die Regierung der Bundesrepublik, die die Stationierung von Kernwaffen der Westmächte auf deutschem Boden zuläßt und begünstigt und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen vorbereitet, verwandelt dadurch Westdeutschland in die Hauptbasis der NATO zur Führung eines Atomkrieges in Europa. Solche Handlungen der Regierung der Bundesrepublik bedrohen nicht nur die Sicherheit der europäischen Völker, sondern beschwören auch eine tödliche Gefahr für die Bevölkerung Westdeutschlands herauf, das im Falle der Entfesselung eines Atomkrieges durch den NATO-Kriegsblock infolge der gewissenlosen Politik seiner herrschenden Kreise der vernichtenden Wirkung konzentrierter Schläge mit modernen Kernwaffen ausgesetzt wäre.

Beide Seiten stellen fest, daß kein Staat und kein Volk die Gefahr unterschätzen dürfen, die dadurch entsteht, daß die militaristischen Kreise Westdeutschlands mit den aggressiven Kreisen der Vereinigten Staaten ein Bündnis eingegangen sind, das auf dem gleichen Streben nach Entfesselung eines neuen Krieges beruht.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß es für das deutsche Volk keine Sicherheit geben kann, solange Atomwaffen auf westdeutschem Boden stationiert sind. Im Namen des Friedens in Europa, im Namen der Zukunft von Millionen Deutschen wendet sie sich an die Mächte mit dem dringenden Appell, auf die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu verzichten. Sie schlägt erneut der Regierung der Bundesrepublik eine Vereinbarung über den Verzicht auf Ausrüstung der Armeen beider deutscher Staaten mit Atomwaffen und über das Verbot der Produktion von Kernwaffen in Deutschland vor. Die Regierung der Sowjetunion hat volles Verständnis für diese Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik und unterstützt sie. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihrerseits begrüßt mit großer Genugtuung die Bereitschaft der Sowjetunion, mit den Westmächten, die im Besitz von Kernwaffen sind, den Verzicht auf die Stationierung aller Arten von Atom- und Wasserstoffwaffen auf dem Territorium Deutschlands zu vereinbaren, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierungen der Westmächte den entsprechenden Vorschlag der Sowjetunion,